

Berlin appelliert an Genf

Keine Scheinlösung — Gegen jede Trennung von der Bundesrepublik

Berlin/Bonn (Eigenbericht). Im Auftrage des Senats hat der Regierende Bürgermeister vor dem Abgeordnetenhaus an die Genfer Außenministerkonferenz den Appell gerichtet, sich auf keine isolierte Scheinlösung der Berliner Frage einzulassen, aus der neue Gefahren für die Stadt und über die deutschen Grenzen hinaus entstehen würden. Ferner forderte Brandt die Außenminister zugleich im Namen der Ostberliner und der Bevölkerung der Randgebiete Berlins auf, endlich ernste erste Schritte auf dem Wege zur Lösung der Wiedervereinigung zu unternehmen. Die Deutschen seien bereit, zur Beseitigung der gegenseitigen Furcht beizutragen. Sie müßten auch darauf bestehen, daß man an ihrem Recht auf Selbstbestimmung nicht vorbeigehe.

Nachdrücklich wies Brandt darauf hin, daß Westberlins Zutritt zum freien Teil Deutschlands, zum Währungs-, Wirtschafts- und Rechtssystem der Bundesrepublik unverzichtbar sei. Auch das Recht auf freien Zu- und Abgang müsse gesichert sein. Wörtlich erklärte er: „Berlin baut auf die wiederholten feierlichen Zusicherungen der alliierten Mächte, ihre Politik in Berlin bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unter allen Umständen zu bewahren und die Freiheit unserer Bevölkerung zu sichern.“ Zugleich erinnerte er auch an die Verpflichtung, die die Sowjetunion im Hinblick auf den Ostsektor eingegangen sei.

Zur Außenministerkonferenz erklärte der Regierende Bürgermeister, das eigentliche Thema dieser Konferenz heiße „Deutschland“. Die nicht gelöste deutsche Frage sei ein Problem Europas und darüber hinaus der ganzen Welt. Gegenüber den willkürlich erhobenen Forderungen der Sowjets dürfe es kein Nachgeben geben. Aus der Zweiteilung Deutschlands dürfe keine Dreiteilung entstehen. Auch die sogenannte DDR sei ein Teil Deutschlands.

Letzte Absprachen

Die USA, Frankreich und die Bundesrepublik werden auf der Genfer Außenministerkonferenz

absolut geschlossen zusammenstehen, und auch in der britischen Haltung werden sich keine sensationellen Abweichungen von diesem Standpunkt ergeben. Zu dieser Ansicht sind politische Kreise in Bonn nach den Besprechungen des französischen

Ike an Chruschtschow

Washington (ap). Präsident Eisenhower hat den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow erneut ersucht, einem Abkommen über ein begrenztes Verbot der Atomwaffenversuche zuzustimmen. Dies wurde aus Kreisen des amerikanischen Kongresses in Washington bekannt. Eisenhower habe Chruschtschow in seinem Brief vor allem noch einmal aufgefordert, in eine vorläufige Einstellung der Kernwaffenversuche im Bereich der Erdatmosphäre einzuwilligen.

Ministerpräsidenten Debré mit Bundeskanzler Adenauer und dem Besuch des amerikanischen Außenministers Herter in Bonn gekommen.

Das erste Zusammentreffen der Regierungschefs Frankreichs und der Bundesrepublik in Bonn spielte sich in einem ungewöhnlichen Rahmen ab. Nach einer Arbeitssitzung am Vormittag im Palais Schaumburg und einem ausgedehnten Essen auf Schloß Erlich machten Adenauer und

Debré sich am Nachmittag das schöne Wetter zunutze, um im Garten des Palais Schaumburg im Spaziergang miteinander zu sprechen. Abends war der französische Ministerpräsident dann noch einmal Gast des Kanzlers bei einem Essen im Kanzleramt.

Über Ostgrenze nicht gesprochen

Staatssekretär von Eckardt erwähnte, daß über eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Europa gesprochen worden sei, jedoch lägen zur Zeit keine aktuellen Pläne in dieser Richtung vor. Das Problem der deutschen Ostgrenze ist, wie versichert wurde, von keiner Seite angeschnitten worden. Eckardt hatte aber einige Mühe, als er erklären wollte, daß de Gaulles Eintreten für die Oder-Neiße-Linie nicht im Gegensatz zu dem deutschen Standpunkt stehe, die deutsche Ostgrenze könne erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden.

In diesem Zusammenhang wurde auf deutscher ebenso wie auf amerikanischer Seite erklärt, es könne keine Rede davon sein, daß sich bei der Vorbereitung der Genfer Konferenz eine doppelte Frontstellung Bonn—Paris und London—Washington ergeben habe. Vielmehr bestehe zwischen der amerikanischen Regierung und der Bundesregierung volle Übereinstimmung über die Vorschläge, die den Sowjets in Genf vorgelegt werden sollen. Im Anfangsstadium der Vorbereitungen habe es einmal Meinungsverschiedenheiten über einen amerikanischen Gedanken gegeben, der von Bonn abgelehnt wurde, aber das State Department billige der Bundesregierung in der deutschen Frage selbstverständlich das vorwiegende Interesse und auch die größere Sachkenntnis zu.

Die Wahrheit ist unbequem

DT. Die schöne Stadt am Genfer See, über der bei gutem Wetter die großartige Silhouette des Mont Blanc deutlich wird, ist in diesen Tagen das Reiseziel der Politiker, Diplomaten und der Journalisten. Dieses Genf, das seit Montag wieder einmal eine Konferenz beherbergt, ist auch der Ort, an dem die Gedanken, die Wünsche und die Ängste der Deutschen hängen. Genf ist übrigens auch der Sitz des Weltkirchenrats, jener Zusammenfassung der nicht römisch-katholischen, christlichen Kirchen der Welt. Allerdings ist anzunehmen, daß von dieser Tatsache die Diplomaten und Politiker in den nächsten Wochen kaum Notiz nehmen werden. Es könnte aber sein, daß die alte Stadt Calvins der irdische Sammelpunkt von Gebeten ist. Es könnte sein, daß Millionen von Christen nicht nur aus Deutschland, sondern aus der ganzen Welt um den wirklichen Frieden, um einen wirklichen Ausgleich der Gegensätze und um den Segen des Allmächtigen beten, obwohl nur ein kleiner Teil der dort auf weltpolitischer Bühne Handelnden eine solche geistliche Stärkung willkommen heißen wird.

★

Daß Gebete auf dieser Erde auch eine Macht darstellen, ist zwar eine christliche Überzeugung, aber keineswegs eine vorwaltende Tatsache im allgemeinen Bewußtsein. Auch in unserem Lande ist zu vermuten, daß jener wenig schöne Brauch der Herrenpartien anlässlich des Himmelfahrtstages im Vordergrund eine größere Rolle spielt, als die Besinnung der laut Steuerlisten vorwiegend christlichen Bevölkerung Deutschlands.

Diese Feststellung erleichtert nicht gerade die Aufgabe des Chronisten, der sich der geistigen und geistlichen Situation in Gesamtdeutschland verpflichtet fühlt. Die Christen in Berlin versuchen seit Jahr und Tag, heute und auch morgen unabhängig von konfessionellen Unterschieden die Einheit ihres Bekenntnisses hier und in dem

Land zwischen Elbe und Oder darzustellen. Aber es wird ihnen von Tag zu Tag schwerer gemacht. Sie werden von Staats wegen in gute und böse Bürger eingeteilt. Sie sollen verpflichtet werden, einer Macht Beifall zu spenden, deren gottlose und antichristliche Tendenz gar nicht zu leugnen ist. Was soll man von dem Ministerpräsidenten eines Staates halten, der genau vor einer Woche den sorgenvollen Brief des Bischofs Dibelius erhält und der dann erklären läßt, der Brief sei gar nicht bei ihm eingetroffen, um schließlich unter dem Druck der postalischen Tatsachen ein paar Argumente vorzubringen, die deswegen so töricht sind, weil sie dem Bischof und seinen Gläubigen von vornherein jeden Widerspruch und jedes Bekenntnis verweigern.

★

Bis heute und wohl bis auf weiteres werden die Christen in der sogenannten DDR offiziell nie erfahren, was ihr Bischof von Berlin und Brandenburg an die Obrigkeit, die nun eben Gewalt über sie hat, zu sagen und zu beklagen hatte. Grotewohl und die SED wagen nicht, der Wahrheit Raum zu geben. Sie wagen nicht, den Brief Dibelius' auch nur in Auszügen nachzudrucken. Sie können es nicht, weil die Wahrheit in einer Diktatur so ansteckend ist. Also wird gefälscht.

Da gab es vor knapp einer Woche die sich neu konstituierende Synode der Kirche von Berlin-Brandenburg. Ihre geistlichen und Laien-Vertreter waren besorgt, nicht nur über das, was ist, sondern auch über das, was kommen könnte. Sie wählten nicht nur eine Kirchenleitung, sondern überlegten auch die Möglichkeit, daß der sogenannte Staat der DDR versuchen würde, eines baldigen Tages die Verbindung zwischen den Christen in Brandenburg und Berlin gewaltsam zu unterbrechen. Es scheint so, als ob man über diese christliche Sorge im Zentralkomitee der atheistischen SED Triumphgefühle empfindet, daß man nunmehr seine geheimsten Wünsche bestätigt sieht, nämlich, daß auch die letzte Klammer zwischen den Deutschen in Ost und West, zwischen den

Berlinern diesseits und jenseits des Brandenburger Tors, ins ungewisse Gleiten gerät. Vielleicht haben die Machthaber der SED recht. Wenn man ihre tendenziösen Berichte über die Synoden-Beschlüsse vom letzten Wochenende liest, dann planen die evangelischen Christen in Berlin und Brandenburg, schon sehr bald an Stelle von Dibelius einen „eigenen Bischof“ für den atheistischen Staat der sogenannten DDR einzusetzen. Dann war die gleiche Synode ein einziger beifallklatschender Haufen für einen Friedensvertrag, der nach sowjetischem Muster das christliche Deutschland bis auf weiteres in zwei Staaten teilt.

Natürlich stimmen diese Berichte nicht. Von einem zweiten Bischof als Puppe Grotewohls war niemals die Rede. Und mit jenem Friedensvertrag, den mit der Synode alle Deutschen wünschen, war ein Zustand gemeint, der laut Entschließung „die uneingeschränkte Kommunikation“ unbehindert von allen SED-Reisesperren sicherstellt. Und genau dies vermag der sogenannte Staat von Grotewohl und Ulbricht nicht zuzugestehen; denn dann würden noch mehr fliehen als bisher, dann würde noch deutlicher werden, daß man unter der SED nicht einmal christlich beten kann.

Ostblock boykottiert

New York (dpa/ap). Der amerikanische Chefdelegierte bei der UNO, Lodge, hat an alle Nationen appelliert, bei der Erforschung des Weltraumes zusammenzuarbeiten. Anlässlich der ersten Sitzung des UNO-Ausschusses für die friedliche Ausnutzung des Weltraumes erklärte Lodge, angesichts der Aufgaben der Menschheit im Weltraum erschienen die irdischen Rivalitäten klein und lächerlich. Die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei boykottierten die Sitzung aus Protest gegen das „westliche Übergewicht“ in diesem Gremium.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Wir sahen ein anderes Potsdam

Rote Fahnen und Transparente — Kulturhäuser und „Arbeiterwohnungen“

DT. Berlin (Eigenbericht). Wir waren wieder einmal in Potsdam. Nach sieben Jahren haben wir die einst so beliebten Ausflugsziele wiedergesehen: Sanssouci, die Orangerie, die Nicolai- und die Garnisonkirche, den Luftschiffhafen und — durch die Kabinenfenster eines Motorschiffes der sowjetzonalen „Weißen Flotte“ — auch den Templiner See und Caputh.

Wir sahen Potsdam so wieder, wie wir es erwartet hatten: Ein „sozialistisches“ Potsdam mit Fahnen und Transparenten, mit Kulturhäusern und „Arbeiterwohnungen“. Und — wir sahen die neue Garnisonstadt Potsdam, in der jeder dritte Uniform trägt: Volksarmisten, Rotarmisten, Grenzpolizei und Volkspolizei. Die Busse wurden bereits am Kontrollpunkt Babelsberg von Beauftragten des „Komitees der Parkfestspiele Sanssouci“ erwartet.

Keiner hatte Fragen

Kurze Kontrolle der Ausweise, wer wollte, konnte 5 Ostmark zum Kauf von Erfrischungen im Verhältnis 1 : 1 eintauschen, und dann ging's weiter. Jetzt waren vier Personen mehr an Bord: Der amtliche Fremdenführer des sowjetzonalen DER-Reisebüros, zwei Frauen und ein junger Mann — für diesen Sonderauftrag abkommandiert von der Babelsberger Akademie. „Wir sind als Reisebegleiter eingeteilt worden, falls sie Fragen über unseren demokratischen Staatsaufbau oder das Leben in Potsdam haben.“ Aber gefragt hat nach diesen Dingen niemand.

Die Fahrt ging durch Babelsberg und Nowawes. Zwischendurch ein paar Erläuterungen unseres amtlichen Reisebegleiters, dem man wirklich bescheiden muß, daß er seine Sache trotz allem recht gut und mit Fingerspitzengefühl gemacht hat.

Potsdamer staunten

Die beiden Westberliner Busse erregen in den engen Straßen von Babelsberg Aufsehen. Passanten bleiben stehen, stoßen ihre Begleiter an und lesen staunend die Anschrift des Unternehmens: „Westberlin“. Das war noch nie da. Dann fahren wir über die Lange Brücke, deren Tage endgültig gezählt sind. Der Reisebegleiter macht keinen Hohl daraus: „Links sehen Sie bereits den Neubau,

die alte Brücke wird dem Verkehr nicht mehr gerecht.“ Und die neue? Sie steuert direkt auf die noch stehenden Teile des Potsdamer Stadtschlösses zu. Um einer Frage aus dem Wege zu gehen, wird hinzugefügt: „über die Verwendung des Stadtschlösses ist noch nicht entschieden.“

Die Fahrt geht kreuz und quer durch Potsdam. Vorbei an der zerstörten Garnisonkirche, an der zum Teil wiederhergestellten Nicolaikirche, am großen Waisenhaus, durch die Breite Straße mit ihren zum Teil renovierten, alten Bürgerhäusern, über die schmalen Kanalbrücken, durch das Brandenburger Tor, über den Luisenplatz nach Sanssouci. Auf der Maulbeerallee neben dem Steinfundament, auf dem einst die historische Mühle stand, machen wir halt. Von links klang das Glockenspiel der Friedenskirche herüber.

„Nationales Kulturerbe“

Sanssouci hat sich nicht verändert. Es ist wie einst eine Oase der Erholung, fernab vom Lärm und von der Propaganda, ohne Transparente und Fahnen, mit geharkten Wegen und geschnittenen Hecken, mit blinden Fenstern an der Orangerie und dem weiten Blick über den Schloßpark und die Stadt. An den Kolonnaden hinter dem Schloß sind Steinmetze dabei, kleine Schäden auszubessern. „2,8 Millionen Mark wenden wir jährlich auf, um alles zu erhalten“, erläutert der Begleiter. Man sieht es. Sanssouci ist Potsdams Aushängeschild, es lockt Touristen und bringt Devisen.

Und dann schlüpfen wir, wie Generationen vor uns, in die beinahe schon ebenso historischen Filzpantoffeln und lassen uns durch die zwölf Räume führen. Durch Sanssouci, dem „wertvollen Bestandteil unseres nationalen Kulturerbes“, wie es bei den Führungen heißt. Man ist großzügig und läßt uns fotografieren, obwohl es sonst hier

verboten ist. Die Flöte liegt noch immer am selben Platz, und aus der Spieluhr ertönt ein Menuett. Und routinemäßig beendet der Führer seine Erläuterungen mit dem Satz: „Das Neue Palais liegt am anderen Ende des Parkes, Sie können es täglich bis 17.30 Uhr besichtigen.“

Die Propagandawalze

15 Minuten später biegen wir in die Einfahrt des Parkes von SchloßCäcilienhof ein. Hier ist das Rad der Geschichte nicht stehen geblieben wie in Sanssouci. „Cäcilienhof, nationale Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens“, heißt es am Tor auf einem Holzschild. Schwarzrotgoldene und rote Fahnen an den Fassaden. Der Mann, der jetzt die Führung übernimmt, trägt nicht eine einfache Plakette mit der Aufschrift „DER-Stadt-Fremdenführer“. Er trägt das SED-Parteiabzeichen. Und seine ersten Sätze sind: „Diese Stätte gab dem deutschen Volke die Geburtsurkunde für ein neues Leben.“

Im historischen Konferenzsaal wird er noch deutlicher: „Mein persönlicher Wunsch wäre es, daß man hier an dieser Stelle auch den deutschen Friedensvertrag unterzeichnet. Es ist zu hoffen, daß uns Genf diesem Ziel näherbringt, denn dadurch wäre auch die leidige Berlin-Frage geklärt.“ Für ihn gibt es keinen Unterschied zwischen Besuchergruppen aus der Sowjetzone, kommunistischen Massenorganisationen und den Westberlinern, denen Cäcilienhof so wenig sagt. Er beendet seinen Vortrag recht optimistisch mit den Worten: „Wir haben unten am See schon einen Bootssteg gebaut, damit man später leichter von Wannsee nach Potsdam kommen kann.“

Auf dem Motorschiff der „Weißen Flotte“, mit dem wir zu einer einstündigen Rundfahrt auf dem Templiner See starten, gibt es Bier und Apfelsaft. Man trinkt ein Bier — denn was soll man nach der Rückkehr mit der so teuer eingewechselten Ostmark machen — und genießt den herrlichen Blick über den See. Bei Caputh wird gewendet, und dann geht's per Bus über Babelsberg zurück nach Westberlin.

Zonen-Wirtschaft weiter sowjetisiert

Verstärkte Eingliederung in den Ostblock — Analyse des Forschungsbeirates

Berlin (Eigenmeldung). Die Wirtschaft der Sowjetzone soll noch rascher als bisher sowjetisiert und in den Ostblock eingegliedert werden. Gleichzeitig wird die Beseitigung des Mittelstandes in der Zone auch weiterhin mit allen Mitteln vorangetrieben. Zu diesen Ergebnissen ist der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands gekommen, der sich unter Vorsitz seines Präsidenten Dr. Gradl in Berlin

Form dem sowjetischen Vorbild ähnelt, sondern daß auch in den Einzelheiten Moskau nachgeahmt wird. So sollen jetzt die Maschinen der Maschinen-Traktoren-Stationen allmählich von den größeren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften übernommen werden. Wie in der Sowjetunion wird die chemische Industrie besonders rasch entwickelt.

Die enge Wirtschaftsverflechtung der Sowjetzone mit dem Ostblock zeigt sich ebenfalls im Außenhandel. 1958 entfielen vom Außenhandelsumsatz über 80 v.H. auf die Länder des Ostblocks, davon allein 50 v.H. auf die Sowjetunion. Für den Handel mit diesen Ländern werden Perspektivpläne aufgestellt, bei denen vor allem die Bedürfnisse des sowjetischen Machtbereiches berücksichtigt werden. Dies erfordert den Ausbau von

Industriezweigen, die nach Ansicht des Forschungsbeirates für die Sowjetzone keineswegs in jedem Falle ökonomisch am wichtigsten sind.

Weniger Einzelbauern

Die Zahl der privaten Industriebetriebe in der Sowjetzone, die eine staatliche Beteiligung annehmen mußten, erhöhte sich nach Angaben des Forschungsbeirates von 440 Ende 1957 auf 2638 im ersten Vierteljahr 1959. Ein Zehntel der im Handwerk tätigen Personen sind bereits in Genossenschaften beschäftigt. In der Landwirtschaft wird heute nur noch die Hälfte der Nutzfläche von selbständigen Bauern bewirtschaftet. Im Einzelhandel haben bisher 14 v.H. aller privaten Händler und Gaststätteninhaber Kommissionsverträge mit dem staatlichen Großhandel oder der HO abschließen müssen.

Kohlezoll soll fallen

Bonn (dpa). Bundeswirtschaftsminister Erhard hat angekündigt, daß der seit dem 16. Februar bestehende Zoll für Kohleimporte aus den USA in absehbarer Zeit fortfallen soll. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Gewerkschaftsführer Reuther, an dem auch der DGB-Vorsitzende Richter teilnahm, bezeichnete Erhard den Kohlezoll als eine Übergangsmaßnahme, die auf die Absatzschwierigkeiten im Ruhrgebiet zurückzuführen sei. Mit einem Erfolg der Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Kohle sei zu rechnen, so daß der Kohlezoll wieder fallengelassen werden könnte.

Reuther, der den Kohlezoll scharf kritisiert hatte, versicherte dem Bundeswirtschaftsminister, daß sich die amerikanischen Gewerkschaften nicht für die Erhöhung von Zöllen für Importe einsetzen werden. Er sprach sich in diesem Zusammenhang nachdrücklich für einen ungehinderten Warenaustausch aus.

eingehend mit den Entwicklungstendenzen der sowjetzonalen Wirtschaft befaßte.

Moskau als Vorbild

Der Forschungsbeirat verweist darauf, daß der Zonen-Wirtschaftsplan für 1959 nicht nur in Umfang, Gliederung und

„Sie würden von der Erde gefegt“

Neue Drohung Chruschtschows

Moskau (dpa). Im Falle eines Krieges würde die Sowjetunion schwere Verluste zu erleiden haben, erklärte der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau. Die Westmächte würden jedoch „von der Erde gefegt werden“. Die ersten, die in diesem Fall zu leiden hätten, würden diejenigen Länder sein, in denen die Amerikaner ihre Raketenbasen anlegen. Chruschtschow machte diese Ausführungen bei einem Empfang deutscher sozialdemokratischer Journalisten im Kreml.

Der sowjetische Ministerpräsident kam bei dieser Gelegenheit auf den sowjetischen Vorschlag zurück, daß die vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges ihre Truppen aus fremden Ländern zurückziehen sollten. Die Sowjettruppen würden dann nicht nur Mitteleuropa verlassen, „sondern auch Polen und Ungarn“.

Die Frage, ob die Sowjet-

union der deutschen Wiedervereinigung nur zustimme, wenn ganz Deutschland kommunistisch würde, beantwortete er mit der Feststellung: „Wenn die Regierungen der beiden deutschen Staaten ein Übereinkommen über die Wiedervereinigung Deutschlands auf einer besonderen Grundlage zu erreichen wünschen, so werden wir dem nicht widersprechen.“

Die Sowjetunion sei überzeugt, sagte Chruschtschow auf die Berlin-Frage eingehend, daß die Sowjetzonenregierung sich „streng an die Zusagen halten wird, die sie im Hinblick auf eine Nichteinmischung in Westberliner Angelegenheiten zu geben bereit ist“. Die Sowjetunion habe nichts dagegen einzuwenden, daß symbolische Truppeneinheiten der vier Großmächte für einige Zeit in Berlin bleiben, „aber nicht als Besatzungstruppen, sondern unter neuen Bedingungen“.

Sie demonstrieren mit Kinderwagen

Aufzeichnungen und Berichte über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht).

Bei jeder Gelegenheit müssen Arbeiter und Angestellte in der Zone marschieren. Selten wird es der Bevölkerung so lästig wie in diesen Maitagen, wo der sogenannte Kampftag der Arbeiter zu Demonstrationen staatlicher Macht verfälscht wird, wo Himmelfahrt ein Kampftag in der Produktion sein soll und danach der 8. Mai als Dankes- tag für die SED-Unterdrückung begangen werden mußte.

BRANDENBURG

Aus dem Gerichtssaal. Ein Straßenräuber wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. In dem Bericht über die Verhandlung heißt es abschließend: „Es wurden im Gebiet der DDR 1949 insgesamt 160 499 Urteile ausgesprochen, 1956 nur 50 000 Urteile, d. h. ein Rückgang von 47,7 Prozent. In Westdeutschland dagegen waren es 1949 394 000 Urteile und 1956 530 000 Urteile, also 34 Prozent Steigerung. Das kennzeichnet den Charakter der beiden deutschen Staaten. Bei uns entwickelt sich die neue sozialistische Moral, im Westen dagegen herrscht weiterhin die Ideologie der Ausbeuter.“

Das Reiseverbot. Zu den Reisebeschränkungen der SED sagte ein Vertreter der Volkspolizei in Brandenburg: „Die DDR schützt ihre Bürger vor dem Gift, das in Westdeutschland auf sie wirkt. So wie eine Mutter ihrem Kind kein Gift zu trinken gibt, so schützt die DDR ihre Bürger vor gefährlichen Einflüssen. Das ist kein Ausdruck der Bevormundung, sondern der Liebe.“

CHEMNITZ

Luftballons stiegen hoch. Über die Maikundgebung in Chemnitz steht in der „Volksstimme“, Chemnitz, folgender aufschlußreicher Bericht: „Mit Böllerschüssen wurde die Maidemonstration eröffnet. Der Sonderblock der Jungen Pioniere führte 14 000 Luftballons mit, die vor der Ehrentribüne in den Him-

mel stiegen. Hunderte von Brieftauben trugen in ihre Heimat schläge die Kunde vom Beginn der Maidemonstration. Junge Kaninchenzüchter erschienen mit Handwagen und Ställen. Lebende Kaninchen führten sie in eigens zur Maidemonstration angefertigten Ställen. Und da ein besonderes Bild: Mütter schoben unter der blauen Fahne des DFD (Frauenbund) ihre Kinderwagen. Die jüngsten Bürger schwenkten Fähnchen und winkten aus ihren schmuckten ‚Kutschen‘. Der Allerkleinste überreichte sogar auf dem Arm seiner Mutti dem Präsidium einen Blumenstrauß.“

DESSAU

Sonderschichten für Genf. „Jede gute Tat ist ein Trumpf für unsere Regierungsdelegation zur Außenministerkonferenz in Genf“, erklärte der Parteisekretär des VEB Waggonbau, Dessau. Die Waggonbauer müssen am Sonntag eine Sonderschicht fahren, deren Erlös sie zu Ehren der Außenministerkonferenz dem Solidaritätsfonds für die kommunistische Unterminierungsarbeit in der Bundesrepublik spenden sollen. Zu Himmelfahrt waren in Dessau Herrenpartien verpönt. Die SED hatte in Betrieben und Verwaltungen die Herrenpartien als kapitalistische Überbleibsel bezeichnet, die von sozialistischen Arbeitern nicht übernommen würden. Bei Sportfesten, Turnieren und Aufbaueinsätzen waren jedoch Schnapsflaschen die treuen Begleiter.

BAUTZEN

Geschlossen zur Kranzniederlegung. Am 8. Mai marschierten Parteien und Massenorganisationen, Betriebe, Verwaltungen, Schulen, Haus- und Hofgemeinschaften mit Kranzgebänden zur Kranzniederlegung an den Gräbern sowjetischer Helden und beteiligten sich an einer Großkundgebung.

„Landsontag.“ Dazu schreibt die „Sächsische Zeitung“: „In

wenigen Tagen treffen sich die Außenminister der Großmächte in Genf. Wir Deutschen und Sorben erwarten, daß die Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt werden. Um alle Einwohner unseres Kreises für die Unterstützung dieser Forderung zu gewinnen, fand am 10. Mai ein Landsontag statt, Hauptthema: Steigerung der Marktproduktion.“

MERSEBURG

Siebenstufenrakete als Stafette. Am Vorabend des 1. Mai hat das Kollektiv der Elektroabteilung der Leunawerke alle Betriebsabteilungen des Werkes aufgerufen, eine Siebenstufenrakete als Stafette von Betrieb zu Betrieb zu schicken, um überall die Rakete mit hochwirksamem Treibstoff auszurüsten. Sie selbst haben den Anfang damit gemacht, daß sie bis zum 10. Jahrestag der Gründung unserer Republik durch Anwendung der Seifert-Methode 35 000 DM, und durch Verwirklichung von Verbesserungsvorschlägen und Kleininvestitionen 180 000 DM einsparen sowie durch Einführung der Schnellreparaturmethode einen zusätzlichen Produktionswert von 80 000 DM schaffen wollen.“ Das steht wörtlich in der SED-Zeitung „Freiheit“ vom 4. Mai 1959.

Wie war es früher in den Leunawerken? Die alten Arbeiter erzählen viel von früher. Sie schildern Zeiten ohne Materialmangel, Kampfpläne und Demonstrationen. Linientreue schildern den jungen Arbeitern: „Wir waren nur Arbeitstiere. Wer von den hohen Herren würdigte uns auch nur eines Blickes? Sie waren die Herren, wir das Arbeitsvieh. Sie hatten die Macht, wir hatten zu kuschen.“ Es sei für die Jugend schwer, sich einen solchen kapitalistischen Betrieb auch nur vorzustellen.

Ulbricht durch die Hintertür?

DT. Ein wenig verschämt, aber doch deutlich genug, hat der SED-Sekretär Ulbricht seinen Beitrag am Vorabend der Außenministerkonferenz in Genf geleistet. Ulbricht meinte, daß die Anwesenheit einer sogenannten Regierungsdelegation der sowjetisch besetzten Zone in Genf tatsächlich einer Anerkennung des Zonenstaates gleichkomme. Wie weit er für diese reichlich kühne Behauptung über eine Zustimmung seiner „vorgesehenen Behörde“ in Moskau verfügt, bleibe dahingestellt. Im offiziellen Notenwechsel jedenfalls zwischen Ost und West war lediglich davon die Rede, daß die Vertreter beider deutscher Staaten von den allein maßgeblichen vier Konferenzmächten gehört werden könnten, aber nicht gehört werden müßten.

Wir begreifen, daß es Ulbricht und sein Anhang als recht schmerzlich empfinden, wie der freiheitliche Staat der über 50 Millionen Deutschen in Westdeutschland seit vier Jahren auch die diplomatische Anerkennung Moskaus gefunden hat, während das SED-Regime völkerrechtlich in Paris, London und Washington nicht existiert. Es entspricht ganz der gewohnten und plumpen Taktik Ulbrichts, wenn er sozusagen durch die Hintertür etwas zu erreichen versucht, was ihm bisher in der rechtlich klaren Luft der internationalen Diplomatie verweigert wurde. Ulbricht und Genossen gieren nach einer westlichen Anerkennung, gerade weil sie nicht ganz sicher sind, daß mit ihnen Staat zu machen sei. Trotz ihrer Gewaltausbübung über 17 Millionen Deutsche weiß man ja auch von Peking bis Warschau, daß sie bestenfalls Gewaltthaber, aber keineswegs eine echte Regierung in Deutschland sind.

Diese Ulbricht-Wünsche am Vorabend der Genfer Konferenz wären gänzlich gleichgültig, wenn das Regime der SED nicht in den letzten Wochen zu einer solchen Anerkennungskampagne ermuntert worden wäre. Leider auch vom Westen aus. Wir zählen dazu die vielfältigen britischen Besuche maßgeblicher und nicht nur oppositioneller Politiker von

jenseits des Kanals. Schließlich scheint auch ein so wohlrenommiertes Institut wie Reuters durch die Errichtung eines Büros in Ostberlin zu meinen, daß man doch wohl objektive Nachrichten im Dunstkreis des SED-Regimes nicht nur ermitteln, sondern auch zu veröffentlichen in der Lage ist. Wir beneiden Reuters nicht um seine künftigen Erfahrungen.

Was wir aber für notwendig halten ist dies: Der Westen

muß ganz wach und ganz aufmerksam sein, wenn etwa der sowjetische Schutzherr der SED im Laufe der Diskussionen in Genf eine Position aufzubauen versucht, deren Beseitigung nur durch westliche Konzessionen möglich werden soll. Für Ulbrichts Wünsche nach Anerkennung darf die westliche Diplomatie kein Verständnis haben. Wenn man die Vertreter aus Pankow schon zu hören bereit ist, dann nur aus Höflichkeit, nicht aber um ein östliches Erpressungsmanöver mit unabsehbaren Folgen gutzuheißen.

Sowjethilfe — eine Illusion

Vockel: Wir brauchen den Westen

Berlin (Eigenbericht). Aus Anlaß der Genfer Konferenz untersuchte der Bundesbevollmächtigte für Berlin, Dr. Vockel, auf der Jahresversammlung des Wirtschaftsverbandes Graphisches Gewerbe e. V. Berlin einige bisher weniger beachtete Aspekte der sowjetischen Berlin-Vorschläge. „Diese Vorschläge liegen noch auf dem

Nun bietet die Sowjetunion einer in ihrem Sinne „Freien Stadt“ zwar stärkere wirtschaftliche Unterstützung — obschon nicht die darüber hinaus erforderliche Hilfe. Wie ist es aber, von dieser einmal abgesehen, um die realen Möglichkeiten einer Ostblockhilfe in Form von Aufträgen und Rohstofflieferungen für ihre Ausführung bestellt? Vockel wies darauf hin, daß der gesamte Ostblock im sogenannten Rat für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Komekon) zusammengefaßt ist, der koordinierte Siebenjahrespläne im Interesse der Industrialisierung der Sowjetunion zu verwirklichen hat. Aufträge für Berlin ließen sich vielleicht nachträglich in diesen Plan einbauen, aber ihre Ausführung würde schon daran scheitern, daß bereits jetzt im Ostblock die erforderlichen Rohstoffe, wie Kohle, Stahl und andere Metalle, Mangelware sind. Auf diese Rohstoffe, die Westberlin jetzt von der freien Welt erhält, sind 40 Prozent der Berliner Industrie angewiesen. Bisher jedenfalls gehen 75 Prozent unserer Produktion in den Westen und nur 2 Prozent in den Osten.

Chruschtschow nicht nach USA

Washington (ap). Ein Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in den USA wird gegenwärtig nicht ernsthaft erwogen, wie ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte. Spekulationen über einen solchen Besuch, fügte der Sprecher hinzu, tauchten von Zeit zu Zeit auf. Eine Überprüfung des Berichts der „New York Times“, man erwäge, Chruschtschow zur Eröffnung der sowjetischen Ausstellung in New York am 30. Juni einzuladen, habe keinen Anhaltspunkt für derartige Absichten ergeben. Es liege auch kein Anzeichen dafür vor, daß ein solcher Besuch von der Sowjetregierung gewünscht werde.

Tisch“, sagte Vockel. Sie sehen bekanntlich eine „autonome, von beiden deutschen Staaten unabhängige und unbeeinflusste Freie Stadt“ vor. Das wäre das Ende, da Berlin wirtschaftlich nicht ohne die Hilfe des Westens bestehen könne.

Ebenso wichtig wie die wirtschaftliche Seite ist auch die politische. Im Rahmen der Komekon kann die Sowjetzone heute zu keiner sowjetischen Auflage mehr nein sagen. Wir können keine Zwischenlösungen dulden, durch die Berlin veröden würde, erklärte Vockel abschließend (vgl. Wirtschaftsteil).

Bonn: Verdrehung der Tatsachen

Behauptung Moskaus zurückgewiesen — Antwortnote zur Genfer Konferenz

Bonn (dpa/ap). Die Bundesregierung hat in einer Note an Moskau den Vorwurf, daß sie eine aktive Kriegspolitik treibe und damit zu einer Verschärfung der Spannungen in Europa beitrage, als eine „Verdrehung der Tatsachen“ scharf zurückgewiesen.

In ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 21. April gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen erklärt die Bundesregierung, „daß sie keine aggressiven Absichten gegen die Sowjetunion oder ein anderes Land in der Welt hat“. Was die Genfer Konferenz anbelange, so werde die Bundesregierung ihren vollen Beitrag zur Lösung der dort anstehenden Fragen leisten. Sie sehe den bevorstehenden Verhandlungen der vier Großmächte „in der Erwartung entgegen, daß sie endlich eine gerechte Lösung der Deutschland betreffenden Fragen bringen werde; sie ist an einem erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen vital interessiert und bekundet dieses Interesse durch die Entsendung eigener Berater“.

In dem drei Seiten umfassenden Schriftstück erklärt die Bundesregierung, die Sowjetunion habe aus der Teilnahme der Bundesrepublik an der gemeinsamen Verteidigung des Westens im Rahmen der NATO Schlussfolgerungen, hinsichtlich der politischen Ziele und Absichten Bonns gezogen, die ungerechtfertigt seien. Die friedlichen Zielsetzungen der Bundesregierung seien der sowjetischen Regierung seit langem bekannt. Im Hinblick darauf könne die Behauptung, „daß die Bundesrepublik eine aktive Kriegspolitik treibe und damit zur Verschärfung der Spannungen in Europa beitrage, nur als eine Verdrehung der Tatsachen angesehen werden“.

Wer hat gerüstet?

In der Note wird daran erinnert, daß die Sowjetunion in der von ihr besetzten Zone schon starke militärische Einheiten habe aufstellen lassen, als in der Bundesrepublik noch keinerlei Verteidigungsmaßnahmen geplant oder eingeleitet gewesen seien. Bezüglich der Atomwaffen halte die Bundes-

regierung in voller Übereinstimmung mit dem deutschen Bundestag die allgemeine kontrollierte Abrüstung auf nuklearem und konventionellem Gebiet zur Sicherung des Friedens für unerlässlich. Sie werde im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Abschluß derartiger Abkommen „mit allem Nachdruck“ unterstützen.

Angeichts des großen militärischen Potentials, das die Sowjetunion, auch in unmittelbarer Nähe der Bundesrepublik, unterhalte, müßten indessen die NATO-Streitkräfte „mit ähnlichen Waffen, wie sie die Sowjetstreitkräfte schon seit langem besitzen“, ausgerüstet werden. Die deutschen NATO-Truppen besäßen jedoch keine Atomsprengköpfe, und es bestehe auch nicht die Absicht,

ihnen den Besitz daran zu übertragen.

Die Bundesregierung weist schließlich darauf hin, daß sie sich im Rahmen der Westeuropäischen Union einer internationalen Rüstungskontrolle unterworfen „und als einzige Regierung in der Welt auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen ausdrücklich durch völkerrechtlichen Vertrag verzichtet“ habe. Die Bundesregierung beabsichtige nicht, „eine Berichtigung oder Aufhebung dieser feierlichen Verpflichtungen“ anzustreben.

Zu dem sowjetischen Vorwurf, die Bundesregierung wolle die Ergebnisse der Genfer Konferenz durch beschleunigte Verteidigungsmaßnahmen einseitig präjudizieren, verweist die Bundesregierung auf die Erklärung des NATO-Rats vom 7. Mai. Der NATO-Rat hatte daran erinnert, daß die Ausrüstung der NATO-Armeen mit Atomwaffen schon vor mehr als zwei Jahren beschlossen wurde.

Scharfschützen an der Grenze

Noch Kämpfe zwischen Chinesen und Aufständischen

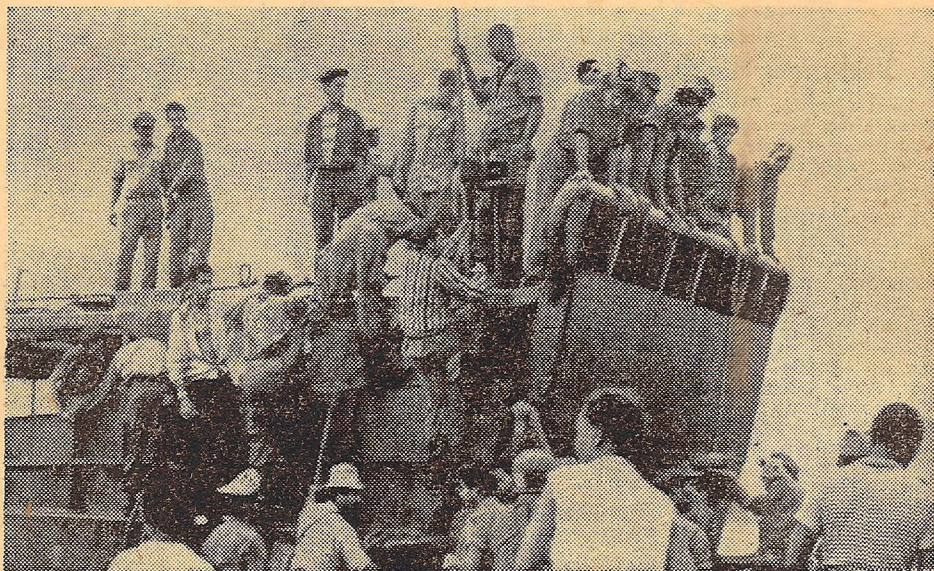
Neu Delhi (dpa). Rotchinesische Scharfschützen bewachen die Grenzpaßse, die von Tibet nach Indien führen. Wie in Neu Delhi berichtet wurde, sind bereits zahlreiche Tibet-Flüchtlinge getötet oder verwundet worden. In den Grenzgebieten sollen außerdem schwere Kämpfe zwischen den Rebellen und rotchinesischen Truppen im Gange sein.

Chinesische Aufklärungsflugzeuge verfolgen die tibetischen Flüchtlingskarawanen und dirigieren Scharfschützeneinheiten auf diese Ziele. Die Flüchtlinge, die ihr letztes Hab und Gut mit Jakkarawanen befördern, bieten auf den Schnee- und Gletscherfeldern kilometerweit gut sichtbare Ziele.

Nach der Grenzüberschreitung stehen die Flüchtlinge vor neuen schweren Strapazen, da die Dschungelwege zwischen dem Kloster Bomdila und dem Auffanglager Misamari am

Rande des Himalaja-Vorgebirges durch Wolkenbrüche aufgeweicht und fast unpassierbar sind. Für die rund 120 Kilometer lange Wegstrecke benötigten sie mindestens eine Woche. Nach letzten Meldungen sollen jetzt insgesamt 12 000 Flüchtlinge unterwegs sein.

Kommunistische Truppen haben inzwischen wieder einen umstrittenen Geländestreifen in der indischen Grenzprovinz Uttar Pradesh besetzt. Ein indischer Regierungssprecher bestätigte, daß die bisherigen Verhandlungen über dieses Gebiet ergebnislos geblieben seien. Jedes Jahr setzt nach der Schneeschmelze ein Wettlauf zwischen indischen und rotchinesischen Einheiten auf das Hochplateau Bara Hoti ein, wo die Grenze nicht genau festliegt. Wegen Lawinengefahr ist es nicht möglich, das Plateau auch im Winter besetzt zu halten.



BILDER DER WOCHE. Oben: So endete der Versuch einer Gruppe Kubaner, die das „unterdrückte Volk von Panama“ befreien wollten. Sie wurden entwaffnet und auf Landungsbooten von der Ortschaft Nombre de Dios nach Panama geschafft. Unten: Nach sieben Jahren waren zum ersten Male wieder einige Westberliner in Sanssouci.

